

Der „Konigrafenbund demokratischer Faust- und Stirnarbeiter“

Eine verhinderte Parteigründung in Berlin 1945

Peter Erler

Am 10. Juni 1945 verkündete der Oberste Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), Marschall Georgi K. Shukow, den Befehl Nr. 2. Diese Weisung der Okkupationsmacht genehmigte auf dem Territorium der SBZ „die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien [...] freien Gewerkschaften und Organisationen“. Gleichzeitig legte sie fest, daß sich die entsprechenden Parteien und Organisationen zwecks Zulassung mit Programm, Statut und Liste der Führungsmitglieder „bei den Organen der städtischen Selbstverwaltung und beim Militärkommandanten“ zu registrieren hätten.¹

Die Formulierung, daß die Organisation „aller [sic!] antifaschistischen Parteien [...] zu erlauben“ sei, war allerdings eine bewußte Täuschung der deutschen und internationalen Öffentlichkeit.

Bereits 1944 hatte die Moskauer KPD-Führung in ihren konzeptionellen Planungen für ein Nachkriegsdeutschland klar umrissene Vorstellungen über die Anzahl und den Charakter der wiederzugründenden politischen Parteien und Massenorganisationen entwickelt.² Diese wurden im wesentlichen auch von der sowjetischen Führung unterstützt und befürwortet. Demnach sollte die deutsche Parteienlandschaft neben der KPD und der SPD aus nicht mehr als zwei oder drei bürgerlichen Parteien bestehen, deren Mitglieder vor 1933 Anhänger der katholischen Deutschen Zentrumspartei (Z), der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) oder der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) waren.³

Entsprechend dieser taktischen Linie schlug der 1. Stellvertretende des Oberbürgermeisters von Groß-Berlin, Karl Maron, in der Sitzung des Magistrats am 11. Juni 1945 vor, vorläufig „nur die bekannten alten antifaschistisch-demokratischen Parteien zur Registrierung“ zuzulassen. Offensichtlich in der Absicht eine politische Zersplitterung und Verzettelung der demokratischen Kräfte zu verhindern, erhoben die Magistratsmitglieder diesen Antrag zum Beschluß. Außerdem übertrugen sie die Leitung der „Registrierstelle für die Anmeldung der Parteien und Parteiprogramme“ an den Stadtrat Maron.⁴ Diese in ihrer Tragweite schwerwiegenden Festlegungen des Magistrats bedeuteten u. a., daß die Verfügungsgewalt über die Zulassung aller potentiellen Konkurrenten der KPD in den Händen eines Kommunisten lag und dieser auf die Realisierung ihres in Moskau konzipierten Par-

¹ Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland über die Zulassung antifaschistischer Parteien und Organisationen (10. Juni 1945), in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949. Hg. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR. Berlin (Ost) 1968, S. 54/55.

² Vgl. ausführlich: Erler, Peter/Horst Laude/Manfred Wilke: „Nach Hitler kommen wir.“ Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland. Berlin 1994.

³ Z. B.: Der Aufbau der KPD und ihre organisationspolitischen Probleme – Handschriftliche Rededisposition Wilhelm Piecks für eine Lektion vor dem 1. Lehrgang der Parteischule der KPD, am 31. Oktober 1944 vorgetragen, in: Ebenda, S. 272.

⁴ Auszug aus der Niederschrift der Magistratssitzung vom 11. Juni 1945, in: „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation. Mit einem Geleitwort von Wolfgang Leonhard. Herausgegeben und eingeleitet von Gerhard Keiderling. Berlin 1993, S. 520/521.

teienmodells entscheidenden gestalterischen Einfluß nehmen konnte. Wie vorgesehen, wurden bis Anfang Juli 1945 die SPD, die CDU (Z) und die LDP (DNVP + DDP) lizenziert. Diverse Neugründungsprojekte, „Deutsche antinazistische Front“, „Unistische Partei“, „Deutsche Demokratische Volkspartei“, „Demokratische Volkspartei“, „Deutsche Nationale Partei“, „Parteilose Volksgemeinschaft“, „Bund der Freunde der Sowjet-Union“, „Deutsch-internationale Friedensliga“ und andere hatten keine Chance.⁵ Bei allen wurde die Zulassung von der „Registrierstelle“ des Magistrats – oft nur mit der Begründung, daß die Übersetzerbüros überlastet seien – abgelehnt.⁶ Die westlichen Besatzungsmächte nahmen zumindest 1945 keinen Anstoß an dieser Verfahrenspraxis in Berlin.

Einen Negativbescheid erhielt wahrscheinlich auch Wilhelm Konieczny aus Berlin-Charlottenburg, Brauhofstraße 2. Er beabsichtigte, eine Partei „Konigrafenbund der demokratischen Faust- und Stirnarbeiter“ („Kodefast“) zu gründen.⁷

Der etwas skurrile Sprachenenthusiast Konieczny wurde als Sohn eines katholischen Bauern am 5. Januar 1887 im oberschlesischen Himmelwitz geboren. Nach dem Abitur am Gymnasium Groß-Strelitz studierte er von 1906 bis 1909 an der Universität Breslau Sprachen, Geschichte und Volkswirtschaft. Seine Karriere als Privatlehrer für Sprachen wurde während des I. Weltkrieges im Frühjahr 1915 durch die Einberufung zu den kaiserlichen Nachrichtentruppen unterbrochen. Um dem Hungerdasein eines Privatlehrers zu entgehen, blieb Konieczny bis Ostern 1927 im Armeedienst. Während dieser Zeit erfand er die Wertschrift Konigraphie – laut Gutachten die leichteste Lautschrift für alle Kultursprachen – und ersparte sich das Geld für weiterführende Studien. Zwecks Überprüfung der universalen Anwendbarkeit seiner Erfindung beschäftigte er sich an der Berliner Universität mit der Phonetik von 20 verschiedenen Sprachen, einschließlich mit der von Esperanto. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten weigerte er sich, Mitglied des NS-Lehrerbundes zu werden, und fand wahrscheinlich aus diesem Grund keine Anstellung als Privatlehrer mehr. Von April 1934 bis April 1945 arbeitete er schließlich als Übersetzer für Englisch, Französisch, Italienisch und Polnisch im Zentralen Nachweisamt für Kriegsgräber.

Seinen Genehmigungsantrag zur Gründung der Partei Kodefast, für die ein Jahresbeitrag von einer Reichsmark erhoben werden sollte, richtete Konieczny mit beiliegendem Programm und Bitte um Weiterreichung an die zuständige Instanz am 25. September 1945 an die Polizei-Inspektion Berlin-Charlottenburg. Eine Antwort erhielt der beim Amt für Volksbildung als Fachschriftsteller erfaßte „Lokalpolitiker“ am 13. Oktober 1945 vom Berliner Polizeipräsidenten. In dem Schreiben wurde er noch aufgefordert, eine „Liste der Mitglieder der führenden Organe zu geben“ und alle im Verlaufe der Parteigründung „erforderlichen Unterlagen an meine Abteilung V, Berlin C 2, Dircksenstr. 14, zu leiten.“⁸ Eine Ablehnung der Registrierung, falls diese von Konieczny überhaupt noch weiter betrieben worden war, muß offensichtlich zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt sein.

⁵ Landesarchiv Berlin (LAB), C Rep. 101, Nr. 111 und 159.

⁶ Für die Beantragung von Parteien und Organisationen beim Alliierten Kontrollrat mußten die entsprechenden Unterlagen in Deutsch (4 Exemplare), in Englisch (5 Exemplare), in Russisch (3 Exemplare) und in Französisch (3 Exemplare) vorliegen. Ebenda.

⁷ Wirklichkeitsfremd und diffus in ihrer Programmatik waren auch andere Parteiprojekte. So hieß es beim Antragsteller Rudolf Lebius zum Beispiel: „Die Kulturerneuerung der nationaldemokratischen Partei greift zurück auf die Philosophien der Lao-tse, Kungfu-tse, Buddha, Zeno, Epiktet, Mark Aurel, Comenius, Schopenhauer, Thomas Carlyle, Benjamin Franklin, John Ruskin, Nietzsche, Hilty, Seneca und andere.“ LAB, C Rep. 101, Nr. 111, Bl. 37.

⁸ Schreiben des Polizeipräsidenten an Wilhelm Konieczny vom 13. Okt. 1945, LAB, C Rep. 303/9, Nr. 60, Bl. 83.

Das im folgenden vorgestellte Programm der letztendlich nicht zustande gekommenen Partei Kodefast wird hier mit geringfügigen Ergänzungen, die durch eckige Klammern gekennzeichnet sind, wiedergegeben. Darüber hinaus blieb der Originaltext sprachlich sowie in seiner Anlage und Form weitestgehend unverändert. Lediglich offensichtliche Satz-, Tipp- und Interpunktionsfehler wurden stillschweigend korrigiert.

„Kodefast, Konigrafenbund demokratischer Faust- und Stirnarbeiter“

10-Punkte-Programm:

„1) Deutschland verzichtet gern auf jede Kriegsrüstung, begnügt sich mit dem ihm belassenen Gebiet und zahlt 200 Jahre je 10 % des Arbeitseinkommens und des Kapitalertrages der vor [dem] 30.1.1933 eingetragenen Nazis und 20 % der freiwilligen SS-Leute als Kriegskosten an die Siegermächte.

Durch diese Strafsteuer zwei Jahrhunderte hindurch werden die Nazis, soweit sie nicht als Kriegsverbrecher verhaftet sind, von weiterer Verfolgung erlöst, nur müssen sie den Opfern des Faschismus bei Stellenbesetzung den Vortritt lassen. Sonst macht das deutsche Volk keine Unterschiede nach Partei, Rasse oder Religion, arbeitet friedlich und tolerant an der Beseitigung in- und ausländischer Kriegsschäden.

2) An Schußwaffen erbittet sich das deutsche Volk von den Siegermächten 2.000 Jagdflinten mit 2 Millionen Patronen jährlich zum Abschießen von Wild. Diese Waffen soll der Alliierte Kontrollrat an zuverlässige Förster verteilen.

3) Außer Lebensmitteln und Kohle erzeugt Deutschland allmählich wieder Anzugstoffe, Leinwand, Wolle, Leder, Glas, Porzellan, Wirtschaftsartikel, Rasierklingen, und -apparate, Seife, Apotheker- und Drogistenwaren, Fahrräder, Autos, Kähne, Boote, Papier und Bücher, Schreibfedern, Füllhalter, Schreibstifte, Tinten, Farben, Kunstwerke, Uhren, Optik, Foto, Film, Waren aus Edelmetall, Juwelen, Maschinen, Werkzeug und Gerät für Landwirtschaft, Haushalt und Friedensindustrie. Eine 10mal jährlich erscheinende Zeitschrift registriert die Fortschritte von Landwirtschaft und Industrie.

4) Das Reich erhebt 10–20 % Einkommensteuer einschließlich Krankenversicherung u.[nd] dergl.[eichen]; gibt 10, nimmt 11 % Zinsen, so daß nur Idioten große Geldsummen mit sich herumschleppen werden.

5) Das Jahr beginnt mit Frühlingsanfang am 21. März und wird in 10 Monate mit 37 und 36, im Schaltjahr zuletzt auch 37 Tagen eingeteilt, um Ernte, Gehälter und Steuern sowie Zinsen leicht berechnen zu können.

6) Sobald die deutsche Uhrenindustrie wieder in Schwung kommt, wird vorgeschlagen, den Tag endlich in 10 Stunden mit je 100 Minuten zu 100 Sekunden einzuteilen, damit Arbeitszeit, Fahrzeit und dergl.[eichen] leichter berechnet wird.

7) Jeder 20jährige Deutsche beherrscht Lateinschrift, Russisch-Alphabet und Koni-graphie, die leichteste Lautschrift für alle Kultursprachen sowie außer der Muttersprache mindestens 1.000 Worte einer fremden Umgangssprache mündlich [und] pflegt ausländische Literatur zur Ausrottung des Nazismus und Militarismus.

8) Deutschland wird demokratisch unter Aufsicht des Alliierten Kontrollrats verwaltet. 1.000 Haushalte wählen 3 Wahlmänner, alle Wahlmänner Deutschlands wählen alljährlich am 21. März (Frühlingsanfang) die 100 höchsten Beamten des Reiches, die übrigen werden dann von den Behördenleitern entweder belassen oder neuberufen.

9) Reichsgesetz wird ein Mehrheitsbeschluß der Wahlmänner mit Bestätigung durch den Alliierten Kontrollrat, Anträge stellen die Parteileiter oder die 100 höchsten Reichsbeamten.

10) Nazistische Bevölkerungspolitik mit Mutterkreuznummer und Kriegshetzparole „Volk ohne Raum“ verschwindet; zur Verhütung von Hungersnot wird Kinderzeugung eingeschränkt, bis die deutsche Landwirtschaft genug Lebensmittel liefert. Nicht steigender Volkszahl oder mordender Bombergeschwader, sondern steigender Kulturleistung wollen wir die Zukunft unseres Volkes anvertrauen. Es lebe der ewige Weltfrieden!“

Quelle: LAB, C Rep. 303/9, Nr. 60, Bl. 81/82.